

Niederschrift

(HFGPA/006/2011)

über die 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 29.06.2011, 16:00 - 18:20 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:50 Uhr

- | | | |
|------|---|--------------------------------|
| 7. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 7.1. | Bürgerversammlungen | 13-3/007/2011
Kenntnisnahme |
| 7.2. | Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Erlangen; Übergabe der Prüfungsunterlagen an örtliche und überörtliche Rechnungsprüfung zum 31.07.2011 | 20/023/2011
Kenntnisnahme |
| 7.3. | Teilnahme am bundesweiten Vergleichsring "Ausländerwesen" der KGSt | 332/005/2011
Kenntnisnahme |
| 8. | Bericht über den Jahresabschluss 2010 der GEWOBAU Erlangen | I/003/2011
Gutachten |
| 9. | Besetzung des Aufsichtsrates der Erlanger Stadtwerke AG | III/023/2011
Gutachten |
| 10. | Änderung der Öffnungszeiten im Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen | 112/038/2011
Beschluss |
| 11. | Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlages Nr. 19 der Fa. Rödl & Partner ("Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen") zugleich: Zielsetzung für den künftigen Umgang mit Wohnungsnotfällen | 503/003/2011
Beschluss |
| 12. | Bestellung der Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes zum/zur Anti-Korruptionsbeauftragten | 11/054/2011
Gutachten |
| 13. | Personalbericht 2010 | 11/037/2011 |

- | | | |
|-------|---|----------------------------|
| | | Beschluss |
| 14. | Dienstleistungszentrum "Veranstaltungen in der Stadt"
(Antrag der CSU-Fraktion vom 28.07.08, Nr. 184/2008) | 112/039/2011
Beschluss |
| 15. | Verwendung des Budgetergebnisses des Bürgermeister- und
Presseamtes;
Anträge Nr. 072/2011 und 033/2011 der SPD-Fraktion | 13-2/124/2011
Beschluss |
| 16. | Budgetergebnisse 2010; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2010 | II/106/2011
Gutachten |
| 17. | Mittelbereitstellungen | |
| 17.1. | Sanierung Hermann Hedenus Mittelschule - Investitionspakt 2009 | 242/132/2011
Beschluss |
| 17.2. | Mittelbereitstellung für die Fassadensanierung Redoutensaal und
Markgrafentheater
Der TOP wird abgesetzt. | 242/138/2011
Beschluss |
| 17.3. | Umbau Stadtarchiv Erlangen, Mittelbereitstellung für die
Freiflächengestaltung | 242/140/2011
Beschluss |
| 17.4. | Mittelbereitstellung für IvP.-Nr. 541.144 "Adenauerring Süd und Nord
mit Ringschluss" | 66/114/2011
Beschluss |
| 18. | Anfragen | |

TOP 7

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 7.1

13-3/007/2011

Bürgerversammlungen

Sachbericht:

Datum	Ort	Anträge/Anliegen
27.04.2010	Altstadt Zentrum	4/25
22.09.2010	Dechsendorf	0/27
20.10.2010	Alterlangen	0/42
23.11.2010	Gesamtstadt	2/27

Das Bürgermeister- und Presseamt hat alle Anliegen, soweit nicht schon direkt in den Bürgerversammlungen beantwortet, abschließend bearbeitet. Die Anliegen wurden entweder direkt durch die Fachbereiche oder durch das Bürgermeister- und Presseamt erledigt.

Eine Einsichtnahme zu einzelnen Anliegen ist in Amt 13-3, Frau Ott (Tel. 2336) grundsätzlich möglich.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 7.2

20/023/2011

Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Erlangen; Übergabe der Prüfungsunterlagen an örtliche und überörtliche Rechnungsprüfung zum 31.07.2011

Sachbericht:

Das Zahlenwerk der Eröffnungsbilanz – Stichtag 31.12.2008 -, erstellt nach den Vorgaben der KommHV-Doppik durch die Projektgruppe NKFE und in Weiterführung durch das SG 201-3 der Kämmererei, liegt nun vollständig vor. Derzeit sind noch redaktionelle Abschlussarbeiten durchzuführen bei Dokumentationen und den Anhängen zur Eröffnungsbilanz.

Vorprüfungen zur Eröffnungsbilanz haben in diesem Jahr bereits begonnen. So hat das Rechnungsprüfungsamt in Abstimmung mit dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband – BKPV – als überörtlichem Prüfungsorgan das städtische Stiftungswesen geprüft und der BKPV hat spezielle Teile des Anlagevermögens einer Vorprüfung unterzogen. Um die Voraussetzungen für die Hauptprüfung zu schaffen, werden die Arbeiten an der Eröffnungsbilanz zum 31.07.2011 abgeschlossen und die Eröffnungsbilanz nebst Dokumentation und Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt übergeben.

In mühevoller Arbeit hat die Teilprojektgruppe Vermögenserfassung/Bilanz//SG 201-3 des Projekts NKFE unter der Leitung von Frau Kraus und der Betreuung wichtiger Bilanzpositionen durch Frau Löcher in Abstimmung mit unserem Berater, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die Eröffnungsbilanz als fundamentalem Bestandteil der Doppik erstellt. Insbesondere das Fehlen landesrechtlicher Vorschriften zur Doppik zu Beginn des Projekts stellte ein besonderes Erschwernis dar. Es galt innovativ zu arbeiten und Problemlösungen zu finden, die sich an Vorschriften anderer Bundesländer orientierten. Sobald Vorschriften des Freistaats vorlagen oder sogar Änderungen hierzu bekannt gemacht wurden, galt es jedoch oftmals bislang Erstelltes zu überarbeiten. Der frühe Beginn der Doppikeinführung bei der Stadt Erlangen hat sich leider dahingehend ausgewirkt, dass durch notwendige Überarbeitungen die Erstellung der Eröffnungsbilanz verzögert wurde. Ein vollständiges Regelwerk zur Doppik liegt bis heute nicht vor.

In der Teilprojektgruppe Vermögenserfassung/Bilanz waren nicht nur äußerst engagierte Mitarbeiterinnen aus der Kämmerei tätig, sondern in den betroffenen Fachämtern wurde bezüglich Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens und sonstiger Bilanzpositionen, wie z. B. der Bildung von Rückstellungen, ebenfalls äußerst engagierte Arbeit geleistet. Als Hauptbetroffene für das unbewegliche Anlagevermögen seien die Ämter 23/Liegenschaftsamt, 24/Amt für Gebäudemanagement und 66/Tiefbauamt und der EB/77/Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung genannt und hinsichtlich des beweglichen Anlagevermögens insbesondere die Ämter 40/Schulverwaltungsamt, 41/Kultur- und Freizeitamt und 45/Stadtarchiv und Stadtmuseum.

An dieser Stelle sei deshalb den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz besonders gedankt, die alle ihren Beitrag geleistet haben, die Eröffnungsbilanz der Stadt Erlangen entstehen zu lassen!

In der Anlage sind wesentliche Eckpunkte zur (vorläufigen, da noch nicht geprüften) Eröffnungsbilanz dargestellt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 7.3

332/005/2011

Teilnahme am bundesweiten Vergleichsring "Ausländerwesen" der KGSt

Sachbericht:

Vom Mai 2009 bis Februar 2011 nahm die Stadt Erlangen, Abteilung Ausländerangelegenheiten und Einbürgerungen, neben 7 weiteren Städten am bundesweiten Vergleichsring Ausländerwesen für Städte mit 90.000 – 200.000 Einwohner teil.

Anlagen:

- ein Grund- und Kennzahlensystem abgestimmt und Vergleichsdaten für das Jahr 2009 ermittelt
- eine Kundenbefragung vereinbart und durchgeführt und
- die jeweiligen Ausländerbehörden vor Ort besichtigt.

Dabei konnten Erkenntnisse gewonnen werden

- zu den vereinbarten Kennzahlen
- zu den Bearbeitungszeiten
- zur Kundenzufriedenheit
- zum Personaleinsatz und
- zu den Organisationsstrukturen.

Der Abschlussbericht liegt seit Februar 2011 vor. Die Ergebnisse der Kundenbefragung und das Gesamtergebnis werden in tabellarischer Form auszugsweise beigelegt.* Bei näherem Interesse kann der Bericht in den Amtsräumen der Ausländerbehörde nach Terminvereinbarung jederzeit eingesehen werden.

Ein offizielles Ranking durch die KGSt wurde nicht vorgenommen. Die Stadt Erlangen nimmt im Teilnehmerfeld im Gesamtergebnis den 2. Platz ein, im Bereich Kundenzufriedenheit und Dienstleistungsorientierung konnte ein Spitzenplatz erzielt werden.

Bezüglich der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels hat die KGSt den Personalbedarf errechnet und für Erlangen einen Mehrbedarf von 1,3 – 1,8 Stellen vorgeschlagen.

*Anmerkung: Nach Vereinbarung mit der KGSt werden nur eigene Zahlen veröffentlicht. Die Städtenamen der anderen Teilnehmer wurden daher gelöscht.

Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird zum Tagesordnungspunkt erhoben. Herr Fischer von der KGSt stellt die Ergebnisse anhand einer Präsentation vor. Herr StR Vogel bittet darum, die Präsentation dem Stadtrat zur Verfügung zu stellen und regt an, nach Abschluss der Mitarbeiterbefragung, das Thema insgesamt unter Einbeziehung des Ausländer- und Integrationsbeirates zu diskutieren.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 8

I/003/2011

Bericht über den Jahresabschluss 2010 der GEWOBAU Erlangen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die vom Vertreter der Stadt Erlangen in der Gesellschafterversammlung abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrats der Zustimmung des Stadtrats bzw. des zuständigen Ausschusses

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen/

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Die Mitglieder des Aufsichtsrates nehmen nicht an der Abstimmung zur Ziffer 3 teil.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht über den Jahresabschluss 2010 der GEWOBAU Erlangen wird zur Kenntnis genommen.

Die Vertretung der Stadt Erlangen wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der GEWOBAU Erlangen den folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2010, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB des Prüfers versehen ist, fest.
2. Die Gesellschafterversammlung folgt dem vom Aufsichtsrat gebilligten Vorschlag der Geschäftsführung und beschließt:
 - a. Auf Zahlung einer Dividende wird für 2010 verzichtet.
 - b. Der Jahresüberschuss von € 2.919.163,16 wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Dem Aufsichtsrat wird für das Jahr 2010 Entlastung erteilt.
4. Die Gesellschafterversammlung wählt die pb Revision GmbH & Co. KG als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 einschließlich der Prüfung nach § 53 HGrG.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 9

III/023/2011

Besetzung des Aufsichtsrates der Erlanger Stadtwerke AG

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke AG setzt sich zusammen aus Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionärin und der Arbeitnehmer.

Die Amtszeit der derzeitigen Aufsichtsratsmitglieder im Aufsichtsrat der ESTW, die von der Stadt Erlangen als Aktionärin vorgeschlagen werden, endet mit der Hauptversammlung 2011, die über das Geschäftsjahr 2010 beschließt.

Die Aktionärsvertreter werden gewählt für den Zeitraum von der Hauptversammlung 2011, am 29. Juli 2011, bis zur Hauptversammlung 2014, welche über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2013 beschließt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Der Aufsichtsrat der Erlanger Stadtwerke AG wird für die Amtszeit vom 29.07.2011 bis zur Ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2014 entsprechend dem Vorschlag der Fraktionen mit folgenden Stadträtinnen und Stadträten besetzt:

Mitglied des Aufsichtsrats	Ersatzmitglied
<i>Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister, Erlangen</i>	---
<i>Manfred Hopfengärtner, Kaufmann i. R. und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Robert Hüttner, Malermeister und Stadtrat, Erlangen</i>

Mitglied des Aufsichtsrats	Ersatzmitglied
<i>Klaus Könnecke, Erster Polizeihauptkommissar a. D. und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Gabriele Kopper, Bankkauffrau und Stadträtin, Erlangen</i>
<i>Jörg Volleth, Polizeibeamter und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Mehmet Sapmaz, Dipl.-Betriebswirt und Stadtrat, Erlangen</i>
<i>Dr. Jürgen Zeus, Internist i. R. und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Dr. Matthias Faigle, Rechtsanwalt und Stadtrat, Erlangen</i>
<i>Dr. Florian Janik, wiss. Angestellter und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Gisela Niclas, Dipl.-Sozialarbeiterin und Stadträtin, Erlangen</i>
<i>Felizitas Traub-Eichhorn, Lehrerin und Stadträtin, Erlangen</i>	<i>Robert Thaler, Dipl.-Ingenieur i. R. und Stadtrat, Erlangen</i>
<i>Helmut Wening, Polizeibeamter und Stadtrat, Erlangen</i>	<i>Harald Bußmann, Informatiker und Stadtrat, Erlangen</i>

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 10

112/038/2011

Änderung der Öffnungszeiten im Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen

Sachbericht:

Die Etablierung und Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets erweist sich als äußerst verwaltungsaufwändig und bindet sehr viele personelle Ressourcen. Die Antragsquote in Erlangen liegt im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen in Deutschland sehr hoch. Der Zeitdruck ist sehr groß, da die Anträge zeitnah und rückwirkend zum 01.01.2011 bearbeitet werden müssen.

Zeitgleich erfolgt ein Upgrade des Leistungsrechnungsprogramms SGB XII. Die Projektleitung musste von einem Sachbearbeiter übernommen werden und viele Sachbearbeiter/innen sind damit befasst eine möglichst reibungslose und fehlerfreie Umstellung zu garantieren.

Darüber hinaus sind längerfristige Erkrankungsfälle aufgetreten, deren Arbeitsvolumen noch zusätzlich aufzufangen ist. Die Reduzierung der Öffnungszeiten ist deshalb auch aus Gründen der Personalfürsorge dringend erforderlich.

Durch Reduzierung der Öffnungszeiten soll eine Entlastung der Mitarbeiter/innen und eine zügige Bearbeitung von Anträgen erreicht werden.

Protokollvermerk:

Herr StR Vogel beantragt, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und erst im Monat Juli zu behandeln. Der Antrag wird mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird der Beschlusstext dahingehend ergänzt, dass über die Verlängerung der Öffnungszeiten an einem weiteren Nachmittag nach Rücksprache mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Juli erneut beraten werden soll. Weiterhin soll über die Arbeitssituation in nichtöffentlicher Sitzung berichtet werden.

Ergebnis/Beschluss:

Im Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen bleiben aufgrund der außerordentlichen Arbeitsbelastung ab 01.07.2011 bis auf weiteres die Abteilungen 501 und 502 am Montagvormittag geschlossen.

Die Abteilungen 501 und 502 haben zu folgenden Zeiten für den Publikumsverkehr geöffnet:

Montag: 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Dienstag: 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Mittwoch: geschlossen

Donnerstag: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Freitag: 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Über die Verlängerung der Öffnungszeiten an einem weiteren Nachmittag soll nach Rücksprache mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Juli erneut beraten werden.

Abstimmung:

angenommen mit Änderungen

mit 13 gegen 0

TOP 11

503/003/2011

**Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlages Nr. 19 der Fa. Rödl & Partner
("Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen")
zugleich: Zielsetzung für den künftigen Umgang mit Wohnungsnotfällen**

Sachbericht:

Seit etwa Anfang 2009 ist die „Fachstelle Obdachlosigkeit“ im Sozialamt (Sachgebiet 503-2) verstärkt darum bemüht, die Anzahl der benötigten Verfügungswohnungen durch anderweitige Unterbringung der Bewohner zu verringern. Zum damaligen Zeitpunkt verfügte die Stadt Erlangen über folgenden Bestand an Verfügungswohnungen und Flüchtlingsunterkünften:

Anmietung GEWOBAU	Stadtteil Bruck	161 WE
	Stadtteil Büchenbach	78 WE
	Wilhelmstr. 2	31 WE
stadteigene Unterkunft	Bayreuther Str. 66/68	12 WE
von Privateigentümern angemietet	Nägelsbachstr. 32	9 WE

Gerhart-Hauptmann-Str.

17 WE

insgesamt

308 WE

Zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt 426 Personen in den Notunterkünften untergebracht. Nachdem sich die GEWOBAU bereits 2004 in ihrer Portfoliostrategie auf eine Neuverwertung der Grundstücke im Bereich Eggenreuther Weg/Zeißstrasse festlegt hat – und damit eine Aufwertung dieses Wohnviertels anstrebt - waren im Bereich des SG 503-2 neue Schwerpunkte hinsichtlich der Unterbringung von Wohnungsnotfällen erforderlich. Die bisherige Praxis beschränkte sich lediglich auf die Unterbringung bedürftiger Bürger sowie die Verwaltung der Unterkünfte. Die künftigen Schwerpunkte wurden bestimmt auf:

- a) Prävention (Hilfe zum Erhalt der Wohnung)
- b) Behebung (Hilfen zur Erlangung einer Wohnung u. somit Auflösung von Unterkünften)
- c) Unterstützung (Koordination von Hilfen für bedürftige Bewohner, deren Vermittlung sich als schwierig erweist).

Da diese Schwerpunkte nur mit einem erheblichen Mehraufwand und vor allem fachkundigen Personal zu leisten sind, wurde zum 15.12.2008 eine neue sozialpädagogische Fachkraft eingestellt. Bereits im März 2009 stand mit der Räumung der als gesundheitsbeeinträchtigend einzustufenden Unterkunft Wilhelmstr. 2 die erste große Herausforderung an das neu strukturierte SG 503-2 an. Sämtliche Bewohner konnten bis zum 30.4.2010 in normale Mietverhältnisse oder in Ersatzunterkünfte vermittelt bzw. umgesetzt werden. Die Unterkunft wurde am 1.5.2010 an die GEWOBAU zurückgegeben. Im Juli 2009 erfolgten auch die ersten Umsetzungen aus dem Bereich Eggenreuther Weg/Zeißstrasse in die Ersatzwohnungen aus dem Bestand der GEWOBAU (Bewährungsverträge). Frei werdende Unterkünfte in diesem Bereich werden nicht mehr belegt.

Durch Kündigung des Vermieters wurde zum 30.4.2011 eine weitere Unterkunft mit 9 Wohneinheiten in der Nägelsbachstr. 32 aufgelöst, sodass sich zum Stand 15.5.2011 folgende Unterkunftssituation ergibt:

Anmietung GEWOBAU	Stadtteil Bruck .	139 WE
	Stadtteil Büchenbach	79 WE
	Bestandswohnungen GEWO Bau	25 WE
stadteigene Unterkunft	Bayreuther Str. 66/68 (durch Brandschaden derzeit 4 WE nicht bewohnbar).	8 WE
von Privateigentümern		
	Gerhart-Hauptmann-Str.	12 WE
insgesamt		<u>263 WE</u>

Entsprechend der geringeren Anzahl an Unterkünften hatte sich auch die Anzahl der untergebrachten Bewohner geändert. Am 10.5.2011 lebten nur noch 298 Bewohner in den städtischen Verfügungswohnungen. Dies ist ein Rückgang um 29,2 %. Ein großer Anteil dieses Abbaues ist bei den Familien zu bemerken. Teilweise zähe, aber durchaus erfolgreiche Verhandlungen mit der Wohnungswirtschaft, den Sozialträgern und auch karitativen Einrichtungen

fürten dazu, dass sich die Anzahl der Familien, bzw. Alleinerziehenden mit Kindern auf derzeit 14 (mit insgesamt noch 19 Kindern) verringerte. Diese Entwicklung führt dazu, dass den größten Anteil der Bewohner noch immer die Gruppe der Alleinstehenden (197) ausmacht. 55 Personen sind hierbei im Bereich Büchenbach untergebracht. Die dort zur Verfügung stehenden Unterkünfte befinden sich zwischenzeitlich in einem stark renovierungs- und verbesserungsbedürftigen Zustand. Dies gilt vor allem hinsichtlich der noch vorhandenen Ofenheizungen, aber auch der Gemeinschaftsduschen und Gemeinschaftstoiletten – eine ständige Ursache für Konflikte.

Stand der Bearbeitung des Sparvorschlages Nr. 19 der Fa. Rödl & Partner

Im Bereich des SG 503-2 wird – hoffentlich noch im Laufe dieses Jahres - eine weitere sozialpädagogische Fachkraft eingesetzt werden, um die aufwändige Arbeit in Prävention, Behebung und Unterstützung noch erfolgreicher fortzuführen.

Insbesondere die Hilfe in Zwangsräumungsfällen erfordert viel Zeit und den sofortigen, vollen Einsatz unter Zurückstellung aller anderen Aufgaben, da die präventive Hilfe wesentlich effizienter und kostengünstiger ist, als eine nachträgliche Unterstützung und Behebung der verfestigten Notsituation. Die Fachstelle betrachtet deshalb diese Arbeit als vorrangig.

Aus diesem Grund konnte bisher die von der Fa. Rödl & Partner vorgeschlagene, und vom Stadtrat beschlossene Sparmaßnahme Nr. 19 („Überarbeitung der Gebührensatzung für die Benutzung der städtischen Verfügungswohnungen mit dem Ziel einer Gebührenerhöhung, bzw. mit dem Ziel einer Einnahmeerhöhung“) noch nicht in Angriff genommen werden. Dies wird – ohne die vorrangige, präventive Hilfe in Zwangsräumungsfällen zu vernachlässigen – voraussichtlich erst möglich sein, wenn die o.g. personelle Verstärkung realisiert ist.

Erfordernisse und Planung für die Zukunft

Darüber hinaus ist für den Teil der Bewohner, der in absehbarer Zeit nicht in den Wohnungsmarkt vermittelt werden kann, entsprechend angemessener Wohnraum nötig. Es besteht dringender Bedarf an kleinen Wohneinheiten mit eigener Dusche und WC sowie zentraler Heizungsanlage. In den angemieteten Gebäuden in Bruck und Büchenbach weisen praktisch sämtliche Unterkünfte auch Fensterschäden auf. In Zahlen ausgedrückt handelt es sich hierbei um nicht weniger als 496 schadhafte Fenster, wobei bei den größten Schäden im Falle von Platzregen das Wasser innerhalb der Wohnungen an den Wänden herab laufen kann.

Die Fachstelle hält es deshalb für geboten, mit der GEWOBAU in Kontakt zu treten, um zu überprüfen, in welchem Kostenrahmen günstige Renovierungen mit gleichzeitigen Umbauarbeiten hin zu Kleinwohnungen durchgeführt werden könnten. Darüber hinaus sollten auch Verbesserungen in der Sanitär- und Heizungsausstattung angestrebt werden. Dabei kann auch berücksichtigt werden, dass es bei der künftig noch intensiveren Präventions- und Betreuungsarbeit durchaus vorstellbar ist, dass in absehbarer Zeit noch weitere Unterkünfte aufgelöst werden könnten. Das gilt insbesondere dann, wenn es gelingen sollte, alle noch in Verfügungswohnungen lebenden Familien mit Kindern möglichst bis zum Jahresende in reguläre Sozialwohnungen zu vermitteln.

Ergebnis/Beschluss:

1. Die inhaltlichen Zielsetzungen

- Unterbringung bzw. Vermittlung von Familien mit Kindern in den regulären Sozialwohnungsbestand nach Möglichkeit bis Ende 2011
- Verringerung der Anzahl der Bewohner und
- Reduzierung des Bestandes der Obdachlosenunterkünfte werden gebilligt.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die geplante Überarbeitung der Gebührensatzung auf Grund der akut notwendigen Präventionsarbeit erst dann erfolgen kann, wenn die personelle Ergänzung lt. dem aktuellen Stellenplan erfolgt ist.

3. Über den anstehenden Renovierungsbedarf im Bestand der verbleibenden Unterkünfte (Heizung, Sanitär, Fenster) wird die Verwaltung zu Gesprächen mit der GEWOBAU aufgefordert.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 12

11/054/2011

Bestellung der Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes zum/zur Anti-Korruptionsbeauftragten

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Aktivitäten der Verwaltung im Hinblick auf die Korruptionsprävention sollen unter einer einheitlichen Verantwortung stehen und als Funktion einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter übertragen werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Übertragung der Funktion: „Anti-Korruptionsbeauftragte/r“ auf die jeweilige Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Funktion „Anti-Korruptionsbeauftragte/r“ wird Bestandteil der Arbeitsplatzbeschreibung der Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes. Dies ist in mehreren bayerischen Städten ebenso geregelt.

Die Arbeitsschwerpunkte des Antikorruptionsbeauftragten sind:

Korruptionsprävention:

- Ansprechpartner für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Aufklärung und Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (z. B. mittels Intranet)
- Herausgabe von Informationsmaterial in regelmäßigen Abständen
- Regelmäßige Analyse des Gefährdungspotenzials bei der Stadt Erlangen

Korruptionsbekämpfung:

- Achten auf Korruptionsanzeichen
- Durchführung von Untersuchungen in Verdachtsfällen

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Keine zusätzlichen Ressourcen erforderlich.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

1. Für die Verwaltung wird die Funktion „Anti-Korruptionsbeauftragte/r“ eingerichtet.
2. Diese Funktion wird generell der jeweiligen Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes übertragen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 13

11/037/2011

Personalbericht 2010

Sachbericht:

Gem. Beschluss des HFPA vom 10.02.2010 werden die Personalberichte aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.

Der Bericht für das Jahr 2010 wird plangemäß in der 11. KW 2011 verteilt.

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei oder als CD beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung, per E-Mail an, stefan.puels@stadt.erlangen.de oder unter Tel. 09131-86 2202 angefordert werden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Personalbericht wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 14

112/039/2011

**Dienstleistungszentrum "Veranstaltungen in der Stadt"
(Antrag der CSU-Fraktion vom 28.07.08, Nr. 184/2008)**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen wurden erzielt?)

Bürokratieabbau und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren (Geschäftsprozessoptimierung) für Veranstalterinnen/Veranstalter und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Stadtgebiet.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was wurde getan, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Es wurde – zunächst nur ablauforganisatorisch, bis Frühjahr 2011 auch räumlich - eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die die erforderlichen amtsinternen, ämterübergreifenden und externen Stellen beteiligt, die Zuständigkeit für die Bearbeitung koordiniert und die fristgerechte Bescheiderstellung überwacht.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie wird künftig das Leistungsangebot erbracht?)

Durch persönliche Vorsprache oder telefonische Anfrage bei der zentralen Anlaufstelle in der Abt. 322 (Ordnungs- und Gewerbewesen), 3. Stock, Zi. 302, Tel. 86-1682 oder online-Information auf der Internetseite der Stadt Erlangen unter Stadtverwaltung / Dienstleistungen von A – Z / Veranstaltungen, Feste, Feiern (ab Juli 2011 aktualisiert).

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen waren zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Mitglieder der Projektgruppe im Zeitraum der Konzeptionierung (siehe Projektbericht), die Projektverantwortliche in Abt. 322, Fr. B. mit 20 % ihrer wöchentlichen Arbeitszeit sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Amt 32 während der Test- und Einführungsphase.

Zum 01.01.2010 wurde eine zentrale Anlaufstelle für die Genehmigung von Veranstaltungen (ZAS) eingerichtet. Diese wurde bei der Planstelle 320 2220/SB Ordnungsaufgaben angesiedelt, der darüber hinaus noch andere Fachaufgaben übertragen sind (SB Jagd- und Fischereirecht, Ordnungsaufgaben). Für den Arbeitsvorgang „zentrale Anlaufstelle“ sollen künftig 20% der Arbeitszeit verwendet werden (entspricht dem bisherigen Umfang der Projekt-Freistellung).

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgkosten (mit IT-Arb.platz)	€11.148,00 €	bei Sachkonto: 322090
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Der Projektabschlussbericht wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
Der Fraktionsantrag Nr. 184/2008 (Anlage 2) vom 28.07.2008 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 12 gegen 0

TOP 15

13-2/124/2011

**Verwendung des Budgetergebnisses des Bürgermeister- und Presseamtes;
Anträge Nr. 072/2011 und 033/2011 der SPD-Fraktion**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20% des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Mit der Verwendung des Budgetergebnisses werden erhöhte Kosten durch die verstärkte Nutzung der Aktiv-Card und erhöhte Gebühren ausgeglichen.

Weitere Kosten sind durch die Partnerschaftsjubiläen mit Eskilstuna und Cumiana entstanden, die Kosten für das umfangreiche Rahmenprogramm können nicht ausschließlich aus dem Budget 2011 des Amtes übernommen werden. Für das Jubiläum mit unserer ältesten

Partnerstadt Eskilstuna wurden bereits im Vorjahr Mittel in der Budgetergebnisrücklage angespart.

Das mehr als 25 Jahre alte Ausstellungssystem, das durch häufigen Auf- und Abbau nicht mehr voll funktionsfähig ist, muss ersetzt werden. Durch die Situierung der Ausstellungen im Foyer des Rathauses, das täglich von bis zu 1.000 Personen besucht wird, dient es der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Erlangen. Die Erneuerung ist unverzichtbar und wird von den teilweise ehrenamtlich mitwirkenden Ausstellern seit längerem angemahnt.

Hinsichtlich der im Antrag Nr. 072/2011 vom 07.06.2011 angesprochenen Haushaltsmittel für den Ausländer- und Integrationsbeirat wird die Beschlussfassung des Beirates abgewartet, die im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 von den Stadtratsfraktionen aufgegriffen werden kann.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung in Höhe von 39.492,68 Euro

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird an den Stadtrat am 30.06.2011 verwiesen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 16

II/106/2011

Budgetergebnisse 2010; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2010

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Haushaltsjahr 2010 haben 26 Fachämter (ohne GME) und 3 Abteilungen (Abt. 451 -Stadtarchiv-, Abt. 452 -Stadtmuseum- und 471 -Kulturprojektbüro-) ein **bereinigtes Gesamtbudgetergebnis von 5.470.316,16 EUR** (Vorjahr: 3.793.554,09 EUR) erwirtschaftet.

Das Ergebnis setzt sich zusammen aus einem **Überschuss beim bereinigten Sachkostenbudgetergebnis i.H.v. 3.000.637,49 EUR** (Vorjahr: Überschuss von 1.451.959,16 EUR) und einem **Überschuss beim bereinigten Personalkostenbudgetergebnis i.H.v. 2.469.678,67 EUR** (Vorjahr: 2.341.594,93 EUR).

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2010 wurde vom Stadtrat für die Fachämter ein **Sachkostenzuschussbudget** von insgesamt – 29.975.700,-- EUR beschlossen. (Erwartete

Erträge 66.521.900,-- EUR -davon im Bereich der Ämter 50 und 51: 40.340.300,-- EUR- und voraussichtliche Aufwendungen: 95.497.600,--EUR -davon im Bereich der Ämter 50 und 51: 70.266.100,-- EUR-).

Im Laufe des Haushaltsjahres 2010 erfuhr dieses Sachkostenzuschussbudget der Fachämter eine Erhöhung um saldiert 774.304,07 € (Verminderung der Erträge um 922.934,88 € und der Aufwendungen um 148.630,81 €).

Die Fachamtsbudgets haben **mit einem Plus bei den Sachkosten in Höhe von 4.688.101,33 EUR** (2009: 5.568.816,37 EUR) abgeschlossen. Dieses auf den ersten Blick gute Ergebnis relativiert sich jedoch bei genauerer Betrachtung: Neben dem aufgezeigten Bedarf an Bereinigungen in Höhe von insgesamt 1.687.463,84 EUR bedarf der Umstand der Erwähnung, dass allein die über das Sachkostenbudget abgerechneten Transferleistungen in den Bereichen Jugend, Arbeit und Soziales mit einem Betrag von zusammen 1.998.228,43 EUR zu dem Plus bei den Sachkosten beigetragen haben (auf Amt 50 entfällt bei alleiniger Betrachtung der Transferleistungen ein positiver Saldo von 1.468.686,07 EUR, auf Amt 51 ein positiver Saldo von 529.542,36 EUR). Hier besteht bei der Bemessung der Budgets bei allen Unwägbarkeiten offensichtlich noch ein Zuviel an Spielraum. Die Kämmerei hat teilweise diesem Umstand bereits bei Aufstellung des Haushalts 2011 bzw. 2012 Rechnung getragen.

Der auch im Rechnungsjahr 2010 wiederum hohe Bedarf an Bereinigungen beruht, wie der Anlage 2b „Erläuterungen zu den Bereinigungen“ zu entnehmen ist, im Wesentlichen darauf, dass entweder Erträge im Budget vereinnahmt wurden, die dort nicht veranschlagt waren (so bei Amt 51 der Sachmittelzuschuss für KiTas von 2.218.600 EUR und bei Amt 61 Finanzhilfen von 120.000 EUR) oder aber Erträge im Budget veranschlagt waren, dort aber nicht vereinnahmt werden konnten (so bei Amt 32 die Verwarnungsgelder von 760.000 EUR, die ab 01.01.2010 dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung zufließen).

Durch die Korrektur des positiven Ergebnisses von 4.688.101,33 EUR um -1.687.463,84 EUR haben die Fachämter in 2010 mit **einem bereinigten positiven Sachkostenbudgetergebnis von 3.000.637,49 EUR** (Vorjahr: pos. SKB-Ergebnis i.H.v. 1.451.959,16 EUR) abgeschlossen.

Das **Personalkostenbudgetergebnis**, das vom Personalamt ermittelt wurde, fiel nach Bereinigung um 20.517,43 EUR zugunsten eines Fachamtes mit einem **Überschuss von 2.469.678,67 EUR** (2009: 2.341.594,93 EUR) nochmals um 128.083,74 EUR höher aus als im Vorjahr. Die Personalkostenbudgets schlossen bis auf zwei Ausnahmen alle positiv ab. Positive Abschlüsse werden i.d.R. dann erzielt, wenn durch Umsetzungen etc. eine Planstelle für gewisse Zeit unbesetzt bleibt und die Einsparungen nicht anderweitig verausgabt werden.

Auf die vielfältigen Gründe für die positiven und negativen Sach- und Personalkostenbudgetergebnisse wurde von den Fachämtern in den Fachausschussvorlagen ausführlich eingegangen. Wie viele Ämter positive oder negative Sach- und Personalkostenbudgetergebnisse erzielt haben, ist der Anlage 3 „Vergleich der bereinigten Budgetergebnisse von 2006 bis 2010“ zu entnehmen.

Die Budgetabrechnung wurde wie folgt vorgenommen:

Budgetabrechnung			
	Sachmittelbudgetergebnis aus nsk		Personalmittelbudgetergebnis lt. Personalamt
+/	Bereinigungen	+/	Bereinigungen

-		-	
=	Bereinigtes Sachmittelbudget- ergebnis (Teilergebnis I)	=	Bereinigtes Personalmittelbudget- ergebnis (Teilergebnis II)

	Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis (Teilergebnis I + Teilergebnis II)
-	abzüglich 80% Rückgabe an den Haushalt laut Budgetierungsregeln
=	Zu übertragendes Gesamtergebnis
-	Freiwillige Rückgabe des Fachamtes
=	Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag für HFPA/Stadtrat

Die Budgetierungsregeln 2010 sehen vor, dass vom Fachamt **80%** des bereinigten Gesamtbudgetergebnisses an den Haushalt zurückzugeben sind. Negative Gesamtbudgetergebnisse werden zu 100% als Verlust vorgetragen.

In Summe belaufen sich die Gesamteinsparungen der Fachämter, die nach diesen Regeln an den Haushalt zurückgehen, auf **4.901.132,01 EUR**, davon allein von den Ämtern 50 und 51 zusammen 2,346 Mio. EUR. Dies zeigt, dass deren Zuschussbudgets aufgrund vieler Unwägbarkeiten nicht annähernd passgenau bemessen waren.

Von den Ämtern **eGov, 40, 50, 51 und 63** wurden darüber hinaus freiwillig weitere Beträge in Höhe von insgesamt **383.094,26 EUR** zurückgegeben.

Die Verwaltung schlägt vor, den Ämtern, die mit einem positiven Gesamtergebnis abgeschlossen haben, entsprechend der beiliegenden Anlage 2a „Budgetabrechnung 2010“ **insgesamt 919.436,99 EUR** (2009: 973.501,17 EUR) zur Verfügung zu stellen. Der Betrag von 919.436,99 EUR wird im Rahmen der Jahresrechnung nach Beschlussfassung durch den Stadtrat der Sonderrechnung Budgetergebnisse zugeführt. Hinsichtlich der möglichen Entnahme von Mitteln aus der Sonderrechnung Budgetergebnisse wird auf die Budgetierungsregel Nr. 1.2.3 Buchstabe c im Haushalt 2010 auf Seite 340 verwiesen.

Bei den Ämtern, die im Kalenderjahr 2010 mit einem negativen Budgetergebnis abgeschlossen haben, **schlägt die Kämmerei in Anwendung der vom Stadtrat beschlossenen Budgetierungsregeln vor, den Verlust** -soweit er sich nicht durch eine Entnahme aus der Sonderrechnung Budgetergebnisse des jeweiligen Amtes ausgleichen lässt- **in voller Höhe vorzutragen**. Der sich danach errechnende **Gesamtbetrag von 728.650,31 EUR** an vorzutragenden negativen Budgetergebnissen verteilt sich auf Ordnungs- und Straßenverkehrsamt (-532.849,56 EUR), Kultur- und Freizeitamt (-18.238,62 EUR), Theater (-152.301,99 EUR), Abt. Stadtmuseum (-18.643,15 EUR) und Kulturprojektbüro (-6.616,99 EUR). Das negative Budgetergebnis der Gleichstellungsstelle (-1.749,00 EUR) kann durch eine Entnahme aus der Budgetrücklage dieses Amtes in voller Höhe ausgeglichen werden, sodass ein Verlustvortrag in diesem Fall entfällt.

Die Verlustvorträge werden technisch durch eine Budgetreduzierung umgesetzt. **Die vorgetragenen Verlustvorträge sind zur Haushaltskonsolidierung unerlässlich.** Im Widerspruch zu den Budgetierungsregeln evtl. nicht übernommene Verlustvorträge führen die Stadt vom Weg der absolut notwendigen Konsolidierung ab, weil Verluste, die im Jahr 2010 entstanden sind im Jahr 2011 nicht abgebaut werden. **Im Ergebnis führen nicht übertragene Verlustvorträge zu weiterem Eigenkapitalverzehr.**

Die **Sonderrücklage Budgetergebnisse** hat sich wie folgt entwickelt:

	2010 in EUR	2009 in EUR
Stand: 01.01.	1.767.660,47	1.643.392,15
Entnahmen aufgrund Fachamtsbeschluss einschl. Bereinigung wegen Auflösung Amt 12	-517.046,59	-775.324,33
Entnahmen zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse	-4.696,79	-153.801,15
Freiwillige Rückgabe von Amt 20 i.H.v. 50% der Budgetrücklage als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung		- 24.000,00
Zuführung während des Jahres aufgrund Umbuchungen und Rückbuchungen bzw. Vollzug Stadtratsbeschluss	42.921,64	103.892,63
Zuführung Budgetergebnisse	919.436,99	973.501,17
Stand: 31.12.	2.208.275,72	1.767.660,47

Der Rücklagenstand jedes einzelnen Amtes ist der Anlage 4 „Sonderrücklage Budgetergebnisse“ zu entnehmen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Über die Verwendung der Budgetüberträge 2010 und der Restmittel in den Budgetrücklagen der Fachämter wurde/wird in den jeweils zuständigen Fachausschüssen -vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates zur Übertragung der Budgetergebnisse- umfassend Beschluss gefasst.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

--

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Im Rahmen der Jahresrechnung 2010 wird der Sonderrechnung Budgetergebnisse - vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Stadtrat- eine Übertragungssumme von 919.436,99 EUR zugeführt und ein Betrag i.H.v. insgesamt 4.696,79 EUR zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse entnommen.

Jeder Euro Verlust, der im Widerspruch zu den Budgetierungsregeln nicht vorgetragen wird, wirkt der erforderlichen Haushaltskonsolidierung entgegen.

Die Sonderrechnung Budgetergebnisse ist im Laufe der letzten Jahre auf rund 2,21 Mio. EUR angewachsen. Bei Anträgen auf Bereitstellung über- bzw. außerplanmäßiger Mittel sollten deshalb künftig verstärkt die Deckungsmittel aus der Budgetrücklage des betreffenden Amtes herangezogen werden. Erst wenn eine Deckung aus der Budgetrücklage nicht möglich ist, ist eine Antragstellung bei der Kämmerei angezeigt.

Protokollvermerk:

Es wird zu Protokoll genommen, dass die SPD-Fraktion wegen des Verlustvortrages für das Kulturprojektbüro und die Fraktion Grüne Liste wegen des Verlustvortrages für das Stadtmuseum gegen die Ziffer 5 des Beschlussvorschlages gestimmt haben.

Ergebnis/Beschluss:

1. Die Budgetergebnisse der Ämter werden zur Kenntnis genommen.
2. Den von den Fachausschüssen begutachteten **positiven** Budgetüberträgen gemäß Anlage 2a wird zugestimmt.
3. Der Bereitstellung des Gesamtübertrages i.H.v. 919.436,99 EUR wird zugestimmt.
4. Der Bereinigung der Sachkostenbudgetergebnisse gemäß Anlagen 1 und 2b von insgesamt - 1.687.463,84 EUR (Ergebnisverschlechterung der Sachkostenbudgets zugunsten des Haushalts) wird zugestimmt.

Die Ziffern 1 – 4 werden einstimmig / mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen.

5. Bei den Ämtern, die mit einem **negativen** Budgetergebnis abgeschlossen haben, sind die entstandenen Verluste (s. Anlage 2a) gemäß der folgenden Einzelgutachten vorzutragen:

Die Ziffer 5 wird mehrheitlich / mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen.

Amt	Verlust	Verwaltungs- vorschlag Verlustvortrag	Beschluss Fachausschuss	Gutachten HFPA -Abstimmung-
Gst	0,00 EUR (nach Entnahme aus der Budgetrücklage i.H.v. 1.749,00 EUR)	0,00 EUR	Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen Ausgleich des Verlustvortrags in Höhe von -1.749,00 EUR durch Entnahme aus der Sonderrücklage Budgetergebnis, schlägt das Fachamt vor, <u>keinen</u> Verlust vorzutragen (Verlustvortrag damit 0 EUR) und der Sonderrücklage Budgetergebnis keinen Betrag zu entnehmen. Mit 13 gegen 0 Stimmen	Dem Verlustvortrag wird zugestimmt a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen b) in Höhe von EUR mit ... gegen ... Stimmen c) nicht zugestimmt mit .8. gegen .5. Stimmen
32	-532.849,56 EUR	-532.849,56 EUR	Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -532.849,56 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 0,00 EUR vor. Mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen.	Dem Verlustvortrag wird zugestimmt a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen b) in Höhe von EUR mit ... gegen ... Stimmen c) nicht zugestimmt mit .8. gegen .5. Stimmen

41	-18.238,62 EUR (nach Entnahme aus der Budgetrücklage i.H.v. 2.947,79 EUR)	-18.238,62 EUR	Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 41 i.H.v. - 21.186,41 EUR und dem vorgesehenen Verlustvortrag entsprechend den Budgetierungsregeln von - 18.238,62 EUR wird -nach Rücklagenentnahme - zugestimmt. Mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen.	Dem Verlustvortrag wird zugestimmt a) in voller Höhe mit .8. gegen .5. Stimmen b) in Höhe von EUR mit ... gegen ... Stimmen c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen
44	-152.301,99 EUR	-152.301,99 EUR	Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 44 i.H.v. - 152.301,99 EUR und dem von der Kämmerei vorgesehenen Verlustvortrag entsprechend den Budgetierungsregeln von - 152.301,99 EUR wird nicht zugestimmt. Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -152.301,99 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von -105.600,- EUR (Variante 1) -96.000,- EUR (Variante 2) vor. Variante 1 (105.600,- € mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen. Variante 2 (96.000,- € mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt.	Dem Verlustvortrag wird zugestimmt a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen b) in Höhe von 105.600 EUR mit .8. gegen .5. Stimmen c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen
452	-18.643,15 EUR	-18.643,15 EUR	Der Verlustvortrag von -18.643,15 € wird um die nicht im Budget enthaltenen Planungsmittel für das Museumsdepot in Höhe von 5.000,- € gekürzt und beträgt somit - 13.643,15 € Mit 12 gegen 1 Stimme angenommen.	Dem Verlustvortrag wird zugestimmt a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen b) in Höhe von 13.643,15 EUR mit .8. gegen .5. Stimmen c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen

471 KPB	-6.616,99 EUR	-6.616,99 EUR	<p>Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 471 i.H.v. - 6.616,99 EUR wird zugestimmt.</p> <p>Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -6.616,99 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 0 EUR vor.</p> <p>Mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt.</p> <p>Protokollvermerk: Es besteht jedoch Übereinstimmung, den Verlustvortrag von - 6.616,99 EUR bei Abschluss eines Kontraktes ab 2012 zu streichen.</p>	<p>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</p> <p>a) in voller Höhe mit .8. gegen .5. Stimmen</p> <p>b) in Höhe von EUR mit ... gegen ... Stimmen</p> <p>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</p>
------------	---------------	----------------------	---	---

Abstimmung:

Mehrfachbeschlüsse

TOP 17

Mittelbereitstellungen

TOP 17.1

242/132/2011

Sanierung Hermann Hedenus Mittelschule - Investitionspakt 2009

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 1.110.000,00 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 68.092,37 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von €

Summe der bereits vorhandenen Mittel	1.178.092,37 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	1.226.092,37 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig von bis

Nachrichtlich:

- Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €
- Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.
- Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
- Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Optimierung des Schulbetriebs in der Hermann Hedenus Mittelschule und der Hermann Hedenus Grundschule

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Einrichtung eines PC-Raumes in dem Physikraum der Hauptschule, der nach Bildung der Mittelschule nicht mehr benötigt wird

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Umbau des Physikraumes im Zuge der Generalsanierung der Schule

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
 Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 212C.400, Hauptschule Hermann Hedenus, Generalsanierung	Kostenstelle [240090	Produkt 2121 Leistungen für alle Hauptschulen	48 000,00 € für Sachkonto [033202
---	----------------------	--	---

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/~~Mehreinnahme~~

IP-Nr. 215A.400 Werner von Siemens Realschule Neubau/Anbau einer Mensa	Kostenstelle [240090	in Höhe von Produkt [2151 Leistungen für alle Realschulen	48.000,00 € bei Sachkonto [033202
IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von	€ bei

		Produkt [Sachkonto
		und in Höhe von	€ bei
IP-Nr. [Kostenstelle [Produkt [Sachkonto [

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 13 gegen 0

TOP 17.2

242/138/2011

Mittelbereitstellung für die Fassadensanierung Redoutensaal und Markgrafentheater

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (521112 Bauunterhalt Nördliche Stadtmauer – verschoben nach 2012) zur Verfügung	100.000,-- €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	0 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	0 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel	100.000,-- €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	180.000,-- €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig in 2011

Nachrichtlich:

- Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €
- Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.
- Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
- Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Sanierung und Instandsetzung des Traufgesims des Redoutensaals und der Südfassaden des Garderobenanbaus Theater Erlangen.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ausschreibung und Vergabe der Gewerke nach VOB/A;
Vergabe der Planungsleistungen nach HOAI 2009

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektsteuerung: Amt 24/GME>
Projektleitung: SB 242-1, Herr Klischat

Ausführung im Herbst 2011

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt. Das Vorhaben wird aus vorhandenen Mitteln realisiert.

Abstimmung:

zurückgestellt (Vorgang eingestellt)

TOP 17.3

242/140/2011

Umbau Stadtarchiv Erlangen, Mittelbereitstellung für die Freiflächengestaltung

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung 0 €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 1.000.000 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 1.541.363,11€

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von 0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 2.541.363,11€

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **2.571.363,11€**

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig in 2011

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Umsetzung der Entwurfsplanung für die Freiflächengestaltung des Städtischen Archiv in der Luitpoldstraße noch vor Bezug im Oktober 2011.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Gewerkeweise Ausschreibung der Bauleistungen nach VOB; Vergabe der Planungsleistungen „Freiflächenplanung“ nach HOAI 2009, hier die Leistungsphasen 5 - 9

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektsteuerung: Amt 24/GME

Projektleitung: SBL242-1-1, Herr Klischat, SGB/NB, Frau Fronemann

Sachbericht:

Die Umsetzung der Arbeiten im Außenbereich soll noch vor dem Bezug des Städtischen Archivs erfolgen. Dies würde eine aufwendige Zwischenlösung ersparen. Die Kostenschätzung für die Freiflächengestaltung beträgt insgesamt 100.000,- €

Um die Finanzierung zur gewährleisten, sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000,- € erforderlich, die durch Einsparungen bei der Vergabe der Technischen Gebäudeausstattung (TGA) beim Umbau Siemens-MedArchiv erzielt werden konnten

(Kostenberechnung TGA = 1.024.726,28 €, Kostenanschlag TGA = 849.667,17 €, erzielte Einsparung: 175.059,11 €)

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 251A.403 Umbau Museumswinkel für Stadtarchiv	Kostenstelle [240090 Allg. Kostenstelle Amt 24	Produkt 25120024 Leistungen für Archiv	30.000 € für Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
--	---	---	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. [252.402 Umbau Museumswinkel für Siemens-MedArchiv	Kostenstelle [240090 Allg. Kostenstelle Amt 24	in Höhe von Produkt [25230024 Leistungen für	30.000,- € bei Sachkonto [034202 Zugang Gebäude
--	---	--	--

		Kultureinrichtungen	
IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto
IP-Nr. [Kostenstelle [und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto [

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 13 gegen 0

TOP 17.4

66/114/2011

Mittelbereitstellung für IvP.-Nr. 541.144 "Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss"

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung 0,- €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich bei der IP-Nr. 541.144 in 2011 HH-Mittel zur Verfügung (Ansatz) 150.000,- €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 232.514,18 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von 0,- €

Summe der bereits vorhandenen Mittel (durch Aufträge bzw. anstehende landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen aber gebunden) 382.514,18 €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **602.514,18 €**

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig ab August 2011

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Vermeidung von Eingriffen in den Betrieb des NVZ und von Baukostenmehrungen Straßenbau während des Baus des Ringschlusses Adenauerring zu einem späteren Zeitpunkt.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Vorzeitiger Umbau des Knotenpunkts Adenauerring/Alte Mönaustraße

Gemäß aktuellem Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2010 – 2014 soll der Ringschluss Adenauerring, Abschnitt Nord (Alte Mönaustraße bis Häuslinger Straße) in 2012 realisiert werden. Damit die Maßnahme in das Förderprogramm nach BayGVFG rechtzeitig aufgenommen werden kann, muss der entsprechende Zuwendungsantrag bis spätestens Ende August 2011 abgegeben sein.

Bestandteil dieser gesamten Neubaumaßnahme ist neben dem Streckenabschnitt jedoch auch der erforderliche Umbau des Knotenpunkts Alte Mönaustraße/Adenauerring westlich des geplanten NVZ BP 409/II (s. auch Billigungsbeschluss des UVPA vom 15.03.2011 zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 409 BA II der Stadt Erlangen – Nahversorgungszentrum Büchenbach-West – mit integriertem Grünordnungsplan!).

Aufgrund des verkehrlichen Anschlusses des geplanten NVZ über die Alte Mönaustraße und bedingt durch die Terminplanung des Investors ist der vorzeitige Umbau des Knotenpunkts Alte Mönaustraße/Adenauerring erforderlich, damit die andernfalls unumgänglichen massiven Eingriffe in den Betrieb des NVZ während des Baus des Ringschlusses und die dadurch entstehenden Kostenmehrungen (prov. Erschließungen, zusätzliche Baustellenabsicherungen, Baustellenampeln etc.) vermieden werden können.

Neben dem Bau von Abbiegespuren, der Anpassung der Eckausrundungen und der Entwässerungseinrichtungen ist u.a. auch die höhenmäßige Anpassung der Fahrbahn erforderlich. Darüber hinaus wird der Knotenpunkt mit Fertigstellung des gesamten Ringschlusses auch eine Vollsignalisierung zur Verbesserung der Schulwegsicherheit und zur sicheren Abwicklung des Verkehrs im Knotenpunkt erhalten.

In intensiven Abstimmungsgesprächen mit der Regierung von Mittelfranken wurde festgelegt, dass für den Umbau des Knotenpunktes ein gesonderter Zuwendungsantrag (angenommener Fördersatz: ca. 45 % der zuwendungsfähigen Kosten) zu stellen ist, wobei eine Aufnahme dieser Maßnahme noch ins Förderprogramm 2011 ausnahmsweise dann möglich ist, wenn dieser Zuwendungsantrag bis spätestens Anfang Mai 2011 vorliegt. Mit Schreiben vom 29.04.2011 ist die Abgabe des Zuwendungsantrages zwischenzeitlich erfolgt.

Die Kosten für den aufgrund des NVZ vorzeitig erforderlich werdenden Umbau des Knotenpunkts wurden durch das mit Entwurfs- und Ausführungsplanung beauftragte Ingenieur-Büro Gauff im Rahmen des Zuwendungsantrages neu berechnet. Sie belaufen sich auf **ca. 220.000 €**, wobei die Lichtsignalanlage vorerst lediglich vorbereitet und erst mit Fertigstellung des Ringschlusses installiert werden soll.

Die bezogen auf o.a. Billigungsbeschluss entstandenen Mehrkosten in Höhe von 70.000.- € ergeben sich aufgrund des Detaillierungsgrads der Entwurfs- bzw. Ausführungsplanung und sind u.a. folgendermaßen zu begründen:

- Verlängerung vorhandener Entwässerungs-/Drainageleitungen aus den Ausbaubereich heraus
- verkehrssichere Anbindung des Baugebiets 408/An der Weißen Marter an den Knotenpunkt über eine Treppenanlage

- umfangreichere Erdarbeiten aufgrund der Abbiegespur Alte Mönaustraße und der Leitungsverlegungen

Die für die vorzeitig erforderlich werdende Umbaumaßnahme bei IvP-Nr. 541.144 „Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss“ entstehenden Kosten in Höhe von 220.000 € können in Abstimmung mit Amt 23 durch die aus einer vergrößerten Verkaufsfläche resultierenden Mehreinnahmen (IvP-Nr. 522.409E „Erlöse aus Grundstücksverkäufen BP 409“) gedeckt werden.

Die Mittelbereitstellung in der haushaltslosen Zeit ist aus terminlichen Gründen dringlich, da

- die bisherigen Planungen des Investors vorsehen, im Herbst 2011 mit dem Bau des NVZ zu beginnen, um das NVZ Anfang Juni 2012 eröffnen zu können,
- der HH 2011 voraussichtlich nicht vor August 2011 durch die Regierung von Mittelfranken genehmigt wird, wegen des Sitzungskalenders eine Mittelbereitstellung aufgrund eines Beschlusses des HFPA frühestens im September 2011 erfolgen könnte, entsprechend den haushaltsrechtlichen Bestimmungen erst anschließend die Ausschreibung veröffentlicht werden könnte, demzufolge wegen der vorgegebenen Verfahrensfristen ein Baubeginn vor Dezember 2011 nicht mehr möglich wäre und der Baubeginn auf Ende März/Anfang April 2012 verschoben werden müsste,
- das Ziel einer möglichst gemeinsamen koordinierten Durchführung beider Maßnahmen (Straßenanschluss NVZ durch Investor – Kreuzungsumbau durch Stadt Erlangen) im Herbst 2011 zur Vermeidung unnötiger Mehrkosten verbunden mit unumgänglichen erneuten Eingriffen in den Betrieb der vorhandenen Geschäfte und in die Bauabwicklung des neuen NVZ ansonsten nicht realisierbar ist.

Es ist vertraglich mit dem Investor vereinbart, dass der Kaufpreis, der zur Deckung der Mittelbereitstellung herangezogen wird, mit Baubeginn des NVZ zu zahlen ist.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Bereitstellung der Haushaltsmittel mit anschließender Ausschreibung im Sommer 2011

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln: Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 541.144 Adenauerring Süd und Nord mit Ringschluss	Kostenstelle 660090 Allgemeine Kostenstelle Amt 66	Produkt 5411 Gemeindestraßen	220.000,- € für Sachkonto 048002 Zugänge Straßennetz mit Wegen und Plätzen
---	--	---------------------------------	--

Die Deckung erfolgt durch ~~Einsparung~~/Mehreinnahme

IP-Nr. 522.409E Erlöse aus Grundstücksverkäufen BP 409	Kostenstelle 230090 Allgemeine Kostenstelle Amt 23	in Höhe von Produkt [5221 Wohnungsbauförderung (laufende Tätigkeit)	220.000,- € bei Sachkonto 037103 Abgänge Grund und Boden von sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäuden
--	--	--	---

IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto
IP-Nr. [Kostenstelle [und in Höhe von Produkt [€ bei Sachkonto [

Ergänzung durch Amt 20:

Der Baubeginn ist erst zulässig, wenn der Haushalt 2011 entsprechend genehmigt ist und der Zuwendungsgeber keine zuwendungsrechtlichen Bedenken gegen den Ausbau hat.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 18

Anfragen

Protokollvermerk:

Frau StRin Wirth-Hücking fragt an, ob es neue Informationen in Bezug auf die Genehmigung des Haushalts 2011 gibt.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis teilt mit, dass auf ein diesbezügliches Schreiben an den Regierungspräsidenten vom 24.5.2011 noch keine Antwort vorliegt. Er wird nochmals bei der Regierung nachfragen. Herr berufsm. StR Beugel ergänzt, dass mit der Bearbeitung durch die Regierung begonnen wurde, diese jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Sitzungsende

am 29.06.2011, 18:20 Uhr

Der Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der Schriftführer:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: